

Kapitel: Persönliche Erfahrungen

Eine Christdemokratin kämpft gegen das Minarettverbot

„Das C der CVP kannst du dir abschminken“, stand in einem der zahlreichen anonymen Briefe, welche mich während des Abstimmungskampfes gegen die Initiative zum Verbot von Minaretten erreichten. Warum eine Christdemokratin Muslime unterstütze, wurde immer wieder gefragt.

Das Befürworter-Komitee bestand aus zwei höchst unterschiedlichen Lagern: Einerseits aus einer starken politische Bewegung, die das Ausländische schlechthin für ihre Politik instrumentalisiert, andererseits aus einer wachsender Schar energischer Christen, welche der fundamentalen Überzeugung ist, das Christentum müsse mit allen Mitteln verteidigt werden. Mit dem Slogan „Wehret den Anfängen“ sollte durch das Minarett-Verbot eine erste Schlacht gegen die „Ungläubigen“ gewonnen werden.

So ist es denn nicht erstaunlich, dass sich insbesondere die zweite Gruppe am gegenteiligen Engagement einer christdemokratischen Nationalrätin aus dem Kanton Zürich nachhaltig störte.

Namenschristen

Am 4. März 2009, während der langen Minarett-Debatte im Ratssaal, sagte Nationalrat und Mitinitiant Christian Waber: „Wir lösen das Problem, bevor es entsteht.“ Gemeint war: Wir weisen die Muslime in die Schranken, bevor sie den Muezzin ausrufen lassen, Allah sei der Allmächtige. Gleichzeitig beklagte Waber sich darüber, dass wir Christen – wobei viele von uns nur noch Namenschristen seien - nicht mehr den Mut hätten, hin zustehen, um Muslime in die Schranken zu weisen.

Mit Namenschristin war auch die Schreibende gemeint.

Hierzu stelle ich zuerst einmal fest, dass das gegenseitige in die Schranken weisen einzelner Religionsgemeinschaften immer zu sozialem Unfrieden geführt hat und führt. Der Sonderbundskrieg lässt grüssen.

Zu Beginn des Christentums hofften gläubige Juden, der Mann aus Nazareth würde sich am Kampf gegen die „ungläubigen“ Römer beteiligen. Doch dieser wehrte sich nicht. Im Gegenteil: Er wanderte durchs Land und half kampflös: Den Zöllnern, den Prostituierten, den Aussätzigen, den Frauen, den Trauernden oder den Sterbenden. Diese Hilfe bot er allen an, seien sie nun Juden, Pharisäer, Heiden, oder eben...- verhasste Römer.

Würde man diese Geschichte heute erzählen, dann besuchte der Nazarener wahrscheinlich verschiedene Flüchtlingslager, den betrunkenen Bettler, den Strassenstrich, zahlreiche Aidskranke und nicht zuletzt auch ... - verachtete Muslime. Er hat die Menschen nie nach ihrer Religionszugehörigkeit beurteilt. Sein Gebot der Nächstenliebe galt für alle.

Missbrauch von Religion

Den zahlreichen Drohbriefen gegen meine Person waren fast ausnahmslos Texte über den „Islam“ beigelegt. Texte aus dem Buch „Motive islamischer Terroristen“, Auszüge aus dem Koran oder der Koran selber; alles flatterte in unser Haus, stets mit dem süffisanten Kommentar, als Christin könne man offenbar äusserst naiv sein. Gefährlich naiv.

Sei es die Tora, die Bibel oder der Koran: Alle Bücher weisen Stellen auf, die – aus dem Kontext herausgenommen – vollkommen missverständliche Interpretationen zulassen. Die Koran-Texte, die mir zugeschickt wurden, können zum grössten Teil in ähnlicher Form im Alten Testament nachgelesen werden.

Wer sich ein Bild über Religionen machen will, sollte sich das Wissen nicht nur aus Text-Fragmenten oder dem Fernseher, sondern auch und vor allem aus dem direkten Kontakt mit gläubigen Menschen aneignen. Jede Religion wurde und wird missbraucht.

Als Legitimation für die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA wurde eine Weltreligion missbraucht. Diese Anschläge dürfen aber nicht dazu dienen, sich ein Bild von Muslimen zu machen, die ihren Glauben nach bestem Wissen und Gewissen leben. Auch die Kreuzzüge dürfen nicht dazu missbraucht werden, um über den Gehalt der christlichen Religion zu urteilen. Ich kenne Musliminnen und Muslime, die während des Ramadans positive Kräfte für weitere Lebensabschnitte sammeln, vor Glück strahlen und mich aufrichten. Ich kenne Jüdinnen und Juden, die unendliche, mit Weisheit bedachte Energien in den Erhalt der Wertschöpfung unseres Landes investieren. Und ich kenne Christinnen und Christen, die mit ihrem Glauben Berge versetzen. Ich glaube deshalb, dass gefährlich naiv handelt, wer über Religionen urteilt, ohne sie zu kennen.

Der religiöse Ausnahmeartikel

Die Geschichte wiederholt sich. Im Kulturkampf des 19. Jahrhunderts entstanden religiöse Ausnahmeartikel wie beispielsweise das „Jesuitenverbot“ oder das Verbot, neue Bistümer ohne staatliche Genehmigung zu schaffen.

Mit diesen Ausnahmeartikeln wurde eine religiöse Gemeinschaft in ihren Grundwerten beschnitten. Und diese Beschneidung löste automatisch sozialen Unfrieden aus. Wut und Ohnmacht herrschten. Dem Streichen der Ausnahmeartikel gingen jahrzehntelange Kämpfe voraus. Bis endlich 1973 und 2001 die religiösen Ausnahmeartikel aus der Verfassung entfernt wurden. Die Schweiz bekannte sich auch auf dem Papier zum religiösen Frieden. 2001 setzte also dem religiösen Unfrieden ein Ende. Und jetzt, fast zehn Jahre später, seit dem 29. November 2009, muss unsere Verfassung erneut mit einem Ausnahmeartikel Vorlieb nehmen.

Den 29. November 2009 verbrachte ich auf Einladung eines Radiosenders in Egerkingen bei den Initianten, die ihren Sieg ausgelassen feierten. Zugegebenermassen fühlte ich mich dort etwas einsam. Was mich erstaunte, ist die Tatsache, dass betreffend Ausnahmeartikel absolut kein Geschichtsbewusstsein vorhanden war. Unsere Verfassung garantiert uns ein Leben in Freiheit. Anders als beispielsweise im Iran, wo das Gesetz die Religion vorschreibt. Was im Iran geschieht, lehnen wir ab. Dass unsere Verfassung mit einem Ausnahmeartikel unsere Religionsfreiheit nicht mehr garantiert, ist aber ein erster Schritt in diese Richtung.

Liberal und sozial

Als CVP-Nationalrätin bin ich in erster Linie Vertreterin einer liberal-sozialen Kantonalpartei, welche gemäss Wahlen 2007 55 Prozent Katholiken, 30 Prozent Reformierte und 15 Prozent Andere vertritt.

Sie alle teilen Werte, die nicht auf eine Religion oder eine Kirche reduziert werden können. Insofern war die Initiative eine neue Herausforderung, weil die Vorlage mehr eine religiöse, beziehungsweise kulturelle, als eine politische Frage beantworten sollte.

Als Politikerin bin ich in erster Linie dafür zuständig, dass Demokratie und Rechtsstaat nicht aus dem Gleichgewicht geraten. Der Ausnahmeartikel hat ein klares Ungleichgewicht erzeugt. Der Rechtsstaat, der die Demokratie schützen soll, wurde durch die Initiative verletzt.

Solches zu sagen, ist in der heutigen Zeit schwierig. Wer es dennoch wagt, wird scharf angegriffen. Auch aus den eigenen Reihen.

Ich bin überzeugt, dass diese Verfassungsverletzung letztthin aus den gleichen Gründen wieder aufgehoben werden wird, wie dies bei den früheren Ausnahmeartikeln geschehen ist.

Mit einem demokratischen Rechtsstaat, wie die Schweiz zu Recht einer sein will, ist es auf Dauer unvereinbar, dass Minderheiten für bestehende Probleme pauschal verantwortlich gemacht und als Folge dessen diskriminiert werden. Diese Erkenntnis wird sich durchsetzen; nicht nur wegen der rechtsstaatlichen Tradition der Schweiz, sondern auch, weil wir hoffentlich aus dem Kulturkampf des 19. Jahrhunderts etwas gelernt haben.